



Antrag

der Fraktion der SPD

Medienvielfalt sichern – Meinungsbildung verteidigen – Demokratie schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, umgehend Maßnahmen zur Sicherung der Medienvielfalt und zum Erhalt der freien Meinungsbildung umzusetzen.

Dazu gehört eine an die digitalen Medien angepasste Reform des Medienkonzentrationsrechts inkl. der Einführung einer Medienkonzentrationskontrolle, wie sie im European Media Freedom Act vorgesehen ist.

Die Medienanstalt HSH benötigt hierfür sowohl die entsprechenden Kompetenzen als auch eine angemessene Ausstattung.

Begründung:

Unsere Demokratie basiert auf der freien Meinungsbildung. Meinungsbildung basiert wiederum auf Informationen, für die Medien als Gatekeeper funktionieren. Aus diesem Grund müssen sich Journalist*innen, Redaktionen oder Verlage, die für die Verbreitung von Informationen verantwortlich sind, in Deutschland an das Presserecht halten. Denn Medien haben Macht und legitimieren Macht.

Die Medien- und Informationslandschaft befindet sich in einem steten Wandel: von der Zeitung über das Fernsehen bis hin zu den sozialen Medien und KI. Damit gehen allerdings auch neue Herausforderungen einher. Die sozialen Medien und ihre Algorithmen bestimmen zu einem großen Teil die Informationen, die Nutzer*innen präsentiert werden. Die Funktionsweise dieser Algorithmen sind allerdings in den wenigsten Fällen transparent. Gleichzeitig liegen die größten sozialen Medien in den Händen einiger weniger amerikanischer wirtschaftlicher Akteure wie X, Meta oder Alphabet, deren Eigentümer spätestens seit Einführung des neuen US-Präsidenten

Donald Trump am 20. Januar 2025 neben medialer und wirtschaftlicher auch politische Macht in sich vereinen. Durch diese Konzentration besteht die Gefahr, dass Trumpnahe Medienkonzerne einseitigen Einfluss auf die freie Meinungsbildung in Deutschland und in Schleswig-Holstein nehmen können.

Beate Raudies
und Fraktion